

STELLUNGNAHME	5
↗ EMPFEHLUNGEN	4
STATEMENT	15
↗ RECOMMENDATIONS	14

2

2020 / friedensgutachten

F FOKUS

Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels /	25
↗ EMPFEHLUNGEN	26
F.1 Friedensbedrohende Wirkungen der Klimakrise	27
F.2 Friedensverträgliche Gestaltung der Transformation	35
SCHLUSSFOLGERUNGEN	41

1 BEWAFFNETE KONFLIKTE

Friedensmissionen müssen neu austariert werden /	45
↗ EMPFEHLUNGEN	46
1.1 Aktuelle Konflikte und Interventionen	47
1.2 Humanitäre Interventionen: Chancen und Risiken	58
1.3 Von der humanitären Intervention zur Schutzverantwortung und dem Schutz von Zivilisten	63
SCHLUSSFOLGERUNGEN	67

2 NACHHALTIGER FRIEDEN

Protestbewegungen, politische Umbrüche und Gewaltrisiken /	71
↗ EMPFEHLUNGEN	72
2.1 Protestbewegungen im Jahr 2019: ein Überblick	73
2.2 Herausforderung durch Anti-Regime-Proteste	80
2.3 Strategien externer Akteure und der Beitrag der Bundesregierung	84
SCHLUSSFOLGERUNGEN	89

3 RÜSTUNGSDYNAMIKEN

Zwischen Cyberfrieden und Cyberkrieg /	93
↗ EMPFEHLUNGEN	94
3.1 Rüstungsdynamiken	95
3.2 Aufrüstung und Rüstungskontrolloptionen im Cyberraum	103
SCHLUSSFOLGERUNGEN	112

3

4 INSTITUTIONELLE FRIEDENSSICHERUNG

Wer ordnet die Welt? Neue Mächte und alte Institutionen /	117
↗ EMPFEHLUNGEN	118
4.1 Macht und institutionelle Ordnung: die Trends	119
4.2 Gibt es eine neue Weltordnung?	127
SCHLUSSFOLGERUNGEN	134

5 TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN

Eine neue Welle des Rechtsterrorismus /	139
↗ EMPFEHLUNGEN	140
5.1 Kontinuitäten und Trends des Rechtsterrorismus	141
5.2 Der transnationale Rechtsterrorismus im digitalen Kontext	150
SCHLUSSFOLGERUNGEN	155

Abkürzungsverzeichnis	158
Impressum	160

Es sind stets Personen jeden Geschlechts gleichermaßen gemeint; aus Gründen der Lesbarkeit wird im Friedensgutachten nur die männliche Form verwendet.

↓ EMPFEHLUNGEN

4

1 Corona bekämpfen ohne Friedenspolitik aufzugeben

Im Schatten der Pandemie nimmt die Gefahr zu, dass sich Gewaltkonflikte und humanitäre Notlagen verschärfen und neue Konflikte entstehen. Die EU und die Bundesregierung sollten ihre Anstrengungen in der Friedensförderung und Konfliktbewältigung intensivieren.

2 Europa muss Corona als Chance nutzen

Selten ist die Notwendigkeit internationaler Kooperation deutlicher hervorgetreten als in Zeiten der Corona-Pandemie. Für die EU, die droht, zwischen Großmachttrivialitäten und Partikularinteressen zerrieben zu werden, bietet dies die Chance, multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken.

3 Das EU-Krisenmanagement jetzt stärken

Zu lange war Corona-Bekämpfung Sache der nationalen Regierungen. Dabei verdeutlicht die Pandemie die Bedeutung internationaler Institutionen. Deutschland sollte die weltweiten Anti-Corona Maßnahmen der EU genauso unterstützen wie innereuropäische Hilfen.

4 Klimaschutz weiterhin priorisieren und

friedensfördernd gestalten Die Klimakrise darf nicht im Schatten der Corona-Pandemie links liegen gelassen werden. Auch unter den aktuellen Bedingungen müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die langfristigen negativen Folgen des Klimawandels für den Frieden und die menschliche Sicherheit abschwächen.

5 Keine bedingungslose Unterstützung autoritärer Regime

Die Bundesregierung setzt in vielen Ländern auf Regimestabilisierung. Stattdessen sollte sie ihre Hilfe an die Bedingung knüpfen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten gewährt werden. Dies ist angesichts zunehmender Repression im Zeichen der Corona-Pandemie umso dringlicher.

6 Fragile Gesellschaften massiv unterstützen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte die medizinische und soziale Infrastruktur in Krisenregionen, die von COVID-19 betroffen sind, unbürokratisch unterstützen. Wirtschaftspolitische Konditionalitäten durch den Internationalen Währungsfond und Umschuldungsmaßnahmen müssen gelockert werden.

7 Für den Schutz von Zivilisten sorgen

Die Bundesregierung sollte die Aussetzung humanitärer Maßnahmen zurücknehmen und mit europäischen Partnern dort diplomatische Offensiven ergreifen, wo die Pandemie zu humanitären Katastrophen führen könnte. Prioritär sind die Auflösung überfüllter Flüchtlingslager und eine Waffenruhe in Nordsyrien.

8 Stärkung der Defensive im Cyberraum

Die Bundesregierung sollte dafür werben, weltweit Cyberattacken gegen kritische Infrastruktur zu ächten. Die Stärkung der Cyber-Resilienz sollte im Fokus der deutschen Strategie stehen. Offensive Cyberaktivitäten sollten die absolute Ausnahme bleiben.